

# VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder  
sowie der freien eingeschchr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

Hierzu eine Beilage.

## Ein anständiger Lohn für eine anständige Leistung!

Wenn in der heutigen Gesellschaft das Prinzip der Gerechtigkeit, „das strahlende *Suum cuique*“, wie Hobbes es nennt, Geltung hätte, so würde Jedermann die in der Ueberschrift unseres Artikels ausgesprochene Forderung für selbstverständlich halten. Leider aber befolgen die Unternehmer das sogenannte wirtschaftliche Prinzip, das da lautet: „Möglichst wenig geben und möglichst viel dafür nehmen!“ Auf Grund dieses Prinzips sucht das Unternehmertum seine Arbeiter mit möglichst niedrigen Löhnen abzuspeisen und ihnen dagegen möglichst viel Arbeitskraft auszupressen. Letzteres geschieht durch überlange Arbeitszeit und intensive Anspannung der Kräfte. Auf diese Weise ist die Ausbeutung in ein förmliches System gebracht und derjenige Unternehmer ist ein tüchtiger Herr, der es versteht, die Ausbeutungs- schraube am schärfsten anzudrehen. Daß hierbei weder von Gerechtigkeit, noch Humanität und Christenthum die Rede sein kann, muß jedem Mensch sofort einleuchten.

Bekanntlich ist das heutige kapitalistische Lohnsystem eine verschleierte Form der Ausbeutung, im Gegensatz zu der offenen Form früherer Zeiten, der antiken Sklaverei und der mittelalterlichen Frohnarbeit. Selbst der Ausdruck: „Lohn“ ist eine unzutreffende Bezeichnung, denn das Geld, welches der Arbeiter für seine Arbeitsleistung erhält, ist immer nur eine heilweise Entschädigung dieser Leistung. Der Arbeiter muß unter allen Umständen mehr leisten, als er in seinem Lohne ersetzt bekommt, den Mehrerwerb der Leistung über den Lohn, den sog. Mehrerwerb, steckt der Unternehmer als Gewinn in seine Tasche. Der Streit zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse dreht sich um die Frage: „Wie groß soll die Differenz zwischen Lohn und Leistung sein?“ oder mit anderen Worten: „Wie groß darf der Ausbeutungsgrad sein?“

Der demokratische Sozialismus stellt die Forderung auf, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verschwinden soll. Die arbeitende Bevölkerung eines Landes — nicht der einzelne Arbeiter — soll den vollen Ertrag der geleisteten Arbeit bekommen, sodas für eine größere oder geringere Ausbeutergruppe nichts mehr übrig bleibt. Die Forderung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse geht nicht so weit; sie erkennt die moderne Gesellschaftsordnung und damit das moderne Unternehmertum als etwas Gegebenes an, sie spricht dem Unternehmertum das Recht auf einen anständigen Gewinn nicht ab, betont aber umgekehrt auch um so schärfer das Recht des Arbeiters auf einen anständigen Lohn. Die Gewerkschaften wissen ganz gut, wie weit sie zu gehen haben in ihren Forderungen und allem Geschrei des Unternehmertums zum Trotz ist noch kein einziges Beispiel nachweisbar, daß ein Gewerkszweig durch die hohen Löhne der darin beschäftigten Arbeiter ruinirt worden ist. Im Gegentheil lehrt uns die Erfahrung, daß hohe Löhne eher zur Hebung eines Gewerkszweiges beitragen. Schon im Jahre 1790 schrieb der englische Schriftsteller Arthur Young: „Die Arbeit ist in der That da wohlfeiler, wo sie dem Lohne nach am theuersten ist. Die Güte der Arbeit, die Geschwindigkeit und Geschwindigkeit des Arbeiters kommt hierbei wesentlich in Betracht.“

Und ein anderer englischer Nationalökonom, Nassau Senior, hebt hervor, daß nach Aussage von englischen Fabrikanten, die in Frankreich Unternehmungen geleitet haben, der Preis der Arbeit in Frankreich trotz der niedrigen Löhne höher und die

Produktion kostspieliger sei als in England. Nethlich sprechen sich deutsche und französische Nationalökonom aus. Moscher behauptet z. B., daß ein mecklenburgischer Tagelöhner doppelt so viel ist wie ein thüringischer, daß er aber auch doppelt so viel leistet und der preussische Statistiker F. G. Hoffmann hebt hervor, daß ein Berliner Holzhauer in zehn Tagen so viel leistet wie ein ostpreussischer in 27 Tagen. Im größeren Umfange wurde diese Thatsache statistisch belegt durch Erwin Rasse, der aus den amtlichen Statistiken der preussischen Gruben nachwies, daß die Lohnsteigerung des Jahres 1872 von einer bedeutenden Steigerung der durchschnittlichen Förderung des einzelnen Arbeiters begleitet war. Umgekehrt ergab eine Berechnung des Bergassessors Hilzrop, daß die Erniedrigung der Löhne des Jahres 1874 sofort eine Verminderung der Leistungen im Gefolge hatte. Ganz dasselbe haben zahlreiche andere Untersuchungen klargestellt, so daß man im Allgemeinen behaupten kann: Steigender Arbeitslohn bedeutet keine Steigerung der Produktionskosten und umgekehrt hat ein Herabdrücken des Lohnes keine Kostenersparnis im Gefolge.

Ein Kenner der einschlägigen Verhältnisse der englische Großindustrielle Draxley, der in allen Ländern der Erde Unternehmungen besitzt und deshalb in der Lage ist, die verschiedenen Arbeitslöhne und Arbeitsleistungen mit einander zu vergleichen, behauptet ausdrücklich, daß in jedem Lande der Preis der Arbeit überall derselbe sei, einerlei ob die Löhne hoch oder niedrig; denn wo der Lohn niedrig, sei auch die Leistung entsprechend geringer. Dagegen seien die Leistungen mit jeder Lohnerhöhung gestiegen, weshalb es ein Unsinn sei, zu behaupten, Englands Konkurrenzfähigkeit werde durch seine hohen Löhne bedroht; diejenigen Industriezweige hätten sich gerade am günstigsten entwickelt, in denen die Löhne am höchsten seien. Zu ganz demselben Resultat kam Vorthian Bell, der Vorsitzende des Vereins englischer Eisenindustrieller. Auch ein deutscher Professor der Volkswirtschaft, Gerhard von Schulze-Gävernitz hat in seinem Buche: „Der Großbetrieb, ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt“ gezeigt, wie die englische Baumwollindustrie trotz steigender Löhne und sinkender Arbeitszeit zu einer Höhe der Arbeitsleistungen gelangt ist, welche die der anderen europäischen Länder weit übertrifft. Zu gleicher Zeit hat ein amerikanischer Fabrikant, Jakob Schönhof, in einem auf erstaunlicher Sachkenntnis beruhenden Werke nachgewiesen, daß die Länder mit den niedrigsten Löhnen und der längsten Arbeitszeit am theuersten produzieren, daß, je höher der Lohn und je kürzer die Arbeitszeit in einem Lande, desto niedriger die Produktionskosten, und daß Amerika mit seinen hohen Löhnen — mit der vereinzelten Ausnahme der Rammgarnfabrikation — einen viel niedrigeren Preis der Arbeit hat als England, geschweige denn die Länder des europäischen Festlandes.

Es ergibt sich aus all diesem aufs deutlichste, daß der Ruf der Arbeiter nach einem anständigen Lohn die Existenz eines Gewerbes keineswegs in Frage stellt.

Leider verhält dieser Ruf meistens ungehört, das Unternehmertum verstopft sich die Ohren und faselt noch immer von „unverschämten Forderungen“ der Arbeiter und dem Ruin des „ehrbaren Handwerks“. Um so lauter aber muß die organisierte Arbeiterklasse ihre Stimme erheben und u. A. auch an die Behörden das Ersuchen richten, soviel es angeht, dies Bestreben der Arbeiter zu unterstützen. Ein Mittel hierzu, das in der Hand der Behörden liegt, ist die Einführung einer sog. anständigen Lohnklausel in die Lieferungsverträge. Eine vernünftige Behörde, deren sozialpolitische Einsicht nicht kapitalistisch angefaßt ist, wird sich nicht damit begnügen, ihren eigenen Arbeitern anständige Löhne zu bezahlen, sondern sie wird auch

denjenigen Unternehmern, denen sie Lieferungen überträgt, dieselbe Verpflichtung auferlegen.

Diese sog. anständige Lohnklausel, die den Unternehmern vorzuschreiben, daß sie die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche von den Arbeiterorganisationen anerkannt werden, für sich als bindend erachten, ist bereits in zahlreichen belgischen und englischen Städten eingeführt. Das englische Parlament hat sich im Jahre 1891 für die Einführung dieser Lohnklausel ausgesprochen und der Londoner Grabbau-Rath hat im Jahre 1892 denselben Beschluß gefaßt. Ueber das Wirken des letzteren bringt die „Züricher Arbeiterstimme“ einen Artikel, worin es heißt: „Der Londoner Grabbau-Rath führt eine Liste über die Lohnhöhe und Arbeitszeit auf den städtischen Bauten und sorgt dafür, daß die von den organisierten Arbeitern aufgestellten Bedingungen inne gehalten werden. Wo keine Gewerkschaft besteht, setzt der Grabbau-Rath selbst die Minimallohne (24 Mk. für Männer und 18 Mk. für Frauen pro Woche) fest. In den Verträgen mit den Unternehmern werden Strafen festgesetzt, für Nichterhaltung der Lohnklausel. ... ist der Grabbau-Rath ermächtigt, den Arbeitern für den Fall, daß sie weniger als den festgesetzten Lohn erhalten, den Fehlbetrag auszuzahlen und diesen von den Unternehmern einzuziehen.“

In Deutschland können sich die Behörden zu einer solchen Höhe sozialpolitischer Einsicht noch immer nicht aufschwingen, bis jetzt sind dahingehende Anträge z. B. in der Berliner Stadtverwaltung abgelehnt worden. Im bayerischen Landtag hat vor Kurzem die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht, über den noch nicht entschieden ist. Immerhin ist es höchst bedauerlich, daß Deutschland auf diesem Gebiete vernünftiger Sozialpolitik so jämmerlich nachhinkt. Um so notwendiger ist es darum, daß die Gewerkschaften unablässig die Forderung wiederholen: „Wir verlangen einen anständigen Lohn für unsere anständige Leistung und die Behörden, als Vertretungen der Allgemeininteressen, haben die Pflicht, diese Forderungen zu unterstützen.“

## Die Streiks in Deutschland im Jahre 1899.

Seit dem Jahre 1891 wird seitens der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Statistik über die Streiks und Aussperrungen, welche in Deutschland vorkommen, geführt. Das Material für diese Statistik wird durch Umfrage bei den Vorständen der gewerkschaftlichen Zentralverbände beschafft. Da in einer ganzen Anzahl Organisations Aufzeichnungen über die Einzelheiten der Streiks nicht gemacht wurden, so war die Statistik in den ersten Jahren der Aufnahme nicht ganz vollständig. In den letzten Jahren haben die Gewerkschaftsvorstände aber sämtlich alle für die Statistik bemerkenswerthen Einzelheiten über die Streiks verzeichnet, so daß die Statistik alle Streiks, welche vorgekommen sind, mit Ausnahme derjenigen, an welchen organisierte Arbeiter nicht theilhaftig waren, enthält. Seit dem 1. Januar 1900 ist eine weitere Verbesserung der Aufnahme der Statistik insofern erfolgt, als diese in allen zentralisierten Gewerkschaften nach einem einheitlichen Schema fortlaufend geführt wird.

Bis zum Jahre 1899 bot die Statistik der General-Kommission das einzige zuverlässige Material über die Streiks. Seit dem 1. Januar 1899 wird aber auch eine amtliche Statistik seitens der Reichsverwaltung aufgenommen. Eine Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik ist noch nicht erfolgt, doch ist vierteljährlich ein Auszug aus den Ergebnissen der Aufnahme veröffentlicht worden. Für einen vorläufigen Vergleich mit den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik sind wir auf eine Summierung der vierteljährlichen Veröffentlichungen der Ergebnisse der amtlichen Aufnahme angewiesen.

Diese ergibt an Streiks und Aussperrungen 1333 mit 106 001 theilhaftigen Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 6204 Theilhaftigen).

Die Gewerkschaftsstatistik weist für 1899 976 Streiks und Aussperrungen mit 100 779 theilhaftigen Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 11 815 Theilhaftigen) aus.

In der Gewerkschaftsstatistik fehlen die Streiks der Bauarbeiter (Hilfsarbeiter) und der Tapezierer. Wenn in der amtlichen Statistik die Doppelzählungen, welche aus den angegebenen Gründen entstehen müssen, ausgeglichen werden, so dürften die Ergebnisse der beiden Statistiken sich ziemlich nahe kommen. Ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsstatistik zuverlässiges Material bietet, wie auch dafür, daß nur wenige Streiks vorkommen, von welchen die Gewerkschaftsvorstände keine Kenntniß erhalten.

In der Gewerkschaftsstatistik ist stets eine Gruppierung der Streiks nach Angriff- und Abwehrstreiks erfolgt. Es ist dies ursprünglich in der Absicht geschehen, um den Nachweis zu führen, in wie zahlreichen Fällen die Unternehmer die Verantwortung dafür tragen, daß die Arbeiter zum Streit greifen müssen, um einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzubeugen und daß die Zahl dieser Streiks nicht geringer ist als die, bei welchen die Arbeiter zum Angriff übergehen. Aus dieser Gruppierung hat sich jedoch im Laufe der Jahre ein interessantes Material ergeben. Es geht aus diesem hervor, daß in der Periode ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur die Unternehmer sofort bestrebt sind, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern, was den eintretenden Ausfall am Profit durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszugleichen, den Verlust auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen.

In der nachstehenden Tabelle, welche die Zahl, Dauer und Kosten der Streiks von 1890 bis 1899 enthält, ist auch angegeben, wie viel Prozent der Streiks Angriff- resp. Abwehrstreiks waren.

Jahr	Anzahl der Streiks	Dauer in Wochen	Kosten in Millionen	Anzahl der Streiks	Dauer in Wochen	Kosten in Millionen	Summe	Summe	Summe
1890-91	27	226	38 536	1318	2 094 922	65,0	35,0		
1892	21	73	9 022	597	84 638	27,4	72,6		
1893	26	116	9 356	568	172 001	32,0	68,0		
1894	27	131	7 328	879	351 297	29,5	69,5		
1895	29	204	14 032	1030	424 231	49,0	46,0		
1896	40	483	128 808	1923	3 042 950	68,7	31,3		
1897	37	578	63 119	1921	1 257 204	57,1	42,9		
1898	44	985	60 162	4848	1 345 302	46,7	53,3		
1899	40	476	100 770	3976	2 627 119	55,5	44,5		
<b>Summa</b>		<b>3772</b>	<b>425 142</b>	<b>17 060</b>	<b>11 402 758</b>	<b>53,6</b>	<b>46,4</b>		

\* In diesen Jahren ist nicht von allen Gewerkschaften eine genaue Bezeichnung der Streiks erfolgt. Das Prozentverhältnis ist nach der Gesamtzahl der Streiks berechnet.

In den ungünstigen Wirtschaftsjahren 1892-94 sind die meisten Streiks zur Abwehr geführt. Die Arbeiter sind genötigt, ihre Position zu verteidigen. Mit vollem Rechte greifen sie daher beim Eintritt der wirtschaftlich günstigen Periode zur Arbeitseinstellung, um das Verlorene wieder zu gewinnen oder sich einen Antheil an dem den Unternehmern zufließenden Mehrgewinn zu sichern. Angesichts dieser aus der Statistik sich ergebenden Thatsachen ist es über angebracht, den Arbeitern den Vorwurf zu machen, daß sie während der günstigen Konjunktur streiken, anstatt den „Nationalwohlstand“ durch gesteigerte Thätigkeit zu vermehren.

In ausreichendem Maße ist nachgewiesen, daß die Arbeiter nie zum Streit greifen, ohne mit dem Unternehmer eine Verständigung über die gestellten Forderungen zu versuchen. Wie die Unternehmer solchen Versuch der Verständigung beantworteten, zeigt die gegenwärtige Aussperrung der Werkarbeiter in Hamburg.

Von der Regel, daß in der günstigen Wirtschaftskongjunktur die Zahl der Angriffstreiks überwiegt, machte das Jahr 1898 eine Ausnahme. Während in den vorhergehenden Jahren günstiger Konjunktur und auch 1899 nur 31 bis 46 pzt. der Streiks Abwehrstreiks waren, weist das Jahr 1898 53 pzt. solcher Streiks auf. Es ist dies ein Ergebnis der Zuchtungsbestimmung des Unternehmertums. Das Jahr 1898 weist nicht weniger als 229 Aussperrungen und solche Streiks auf, welche wegen Maßregelung und der Forderung entstanden, daß die Arbeiter aus den Gewerkschaften austreten sollten. Nachdem jedoch eine unüberhältnismäßig hohe Zahl, nämlich 57 pzt., der Abwehrstreiks erfolgt sind, erbeten die Unternehmer, merkten die Arbeiter, daß die Arbeiter durch die Drohung, ins Zuchthaus gesteckt zu werden, nicht müde gemacht waren, und für 1899 sind nur 161 Aussperrungen und Streiks zu verzeichnen, welche aus den genannten Ursachen entstanden.

Für die Arbeiter ist der Ausgang, welchen die Streiks in den einzelnen Jahren genommen haben, überaus lehrreich. In der folgenden Tabelle sind die Resultate der Streiks in Prozenten angegeben.

Jahr	Resultat der Streiks in Prozenten †							
	Angriffstreiks				Abwehrstreiks			
	Erfolgreich	Zustimmte erfolgreich	Erfolgt	Unbestimmt	Erfolgreich	Zustimmte erfolgreich	Erfolgt	Unbestimmt
1890-1891	36,7	40,2	20,4	2,7	16,5	37,9	31,6	14,0
1892	30,0	30,0	40,0	—	35,8	17,0	45,3	1,9
1893	48,7	29,7	21,7	—	41,8	17,8	37,9	2,5
1894	31,6	39,5	28,9	—	26,3	24,2	44,0	5,5
1895	57,0	18,0	25,0	—	32,0	12,7	53,2	2,1
1896	54,2	28,3	14,5	3,0	34,4	18,5	38,4	8,7
1897	53,3	30,6	16,1	—	38,7	18,2	40,7	2,4
1898	50,9	32,7	13,7	2,7	57,0	11,4	29,8	1,8
1899	56,6	25,4	14,0	3,8	50,5	15,3	31,9	2,3
	<b>49,0</b>	<b>27,6</b>	<b>15,2</b>	<b>2,2</b>	<b>41,3</b>	<b>15,7</b>	<b>33,8</b>	<b>3,3</b>

\* Es sind nicht in allen Jahren genaue Angaben gemacht. Das Prozentverhältnis bei den Resultaten der Streiks ist nach der Anzahl der Streiks berechnet, für welche Angaben gemacht sind.

Es ergibt sich daraus, daß auch während der günstigen Wirtschaftskongjunktur die Chancen bei den Abwehrstreiks für die Arbeiter nicht günstig stehen. Während in den letzten vier Jahren von den Angriffstreiks nur 13 bis 16 pzt. erfolglos abendeten, sind von den Abwehrstreiks 28 bis 40 pzt. erfolglos gewesen. Es wird also zum Abwehrstreik mit noch größerer Vorsicht gegriffen werden müssen, als zum Angriffstreik, weil der Angefehr (im ersteren Falle der Unternehmer) in der Regel die günstigere Position inne hat.

Von den im Jahre 1899 geführten 976 Streiks mit 100 779 Beteiligten, 3976 Wochen Dauer und 2 627 119 Mk. Ausgabe waren: Angriffstreiks 542, mit 63 139 Beteiligten, 2193 Wochen Dauer und einer Ausgabe von 1 524 695 Mk.; Abwehrstreiks 430, mit 27 570 Beteiligten, 1764 Wochen Dauer und 850 867 Mk. Ausgabe. Es ist hierbei zu beachten, daß hierin 4 Streiks nicht enthalten sind, über welche nähere Angaben fehlen, oder die sich, wie z. B. der mit gleichzeitiger Aussperrung verbundene Streit der Normsteker, in keine der beiden Gruppen einrangieren lassen. Die meisten Streiks, nämlich 476 mit 60 740 Beteiligten, wurden um Lohn-erhöhung oder Lohnreduzierung und Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Aussperrt wurden in 41 Fällen 11 815 Personen. Wegen Maßregelung entstanden 102 Streiks mit 4910 Beteiligten, und wegen Lohnreduzierungen 125 Streiks mit 4446 Beteiligten.

Auf die Gruppe Baugewerbe entfallen mehr als ein Drittel der gesammten Streiks und der beteiligten Personen. In dieser Gruppe war auch die Zahl der erfolgreichen Streiks am höchsten, sie betrug 61,6 pzt.

Baugewerbe	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Von gesammten Streiks und beteiligten Personen	
			in Prozenten	
			Streiks	Personen
Dachdecker	8	288	0,82	0,28
Glaser	12	330	1,23	0,32
Maler	14	2391	1,43	2,37
Maurer	202	29391	20,60	29,16
Steinfeher	6	700	0,61	0,69
Stukkatoure	7	420	0,71	0,41
Rimmerer	131	3754	13,12	3,75
	<b>380</b>	<b>37274</b>	<b>38,93</b>	<b>36,98</b>

Den geringsten Erfolg mit 10 pzt. weist die Gruppe Handel und Verkehr auf, dann folgt die Nahrungsmittel-Industrie mit 27,5 und die Metallindustrie mit 33,4 pzt. Höchste erfolgreiche Streiks. Diese führt von einander abweichende Resultate der Streiks sind nicht allein auf unzureichende Organisation in den weniger begünstigten Industriezweigen zurückzuführen, sondern auch auf die schwierigen Verhältnisse, welche in einzelnen Gewerben der Durchführung gestellter Forderungen durch eine Arbeitseinstellung entgegenstehen.

Von allgemeinem Interesse aus den Ergebnissen der Streitstatistik ist auch die Art der Aufbringung der Mittel zur Unterstützung der Streiks. Im Jahre 1899 kamen zur Streitunterstützung ein: Aus den Verbandskassen 2 016 157 Mk.; aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder 217 181 Mk.; durch Sammlungen 190 806 Mk.; durch Beiträge anderer Gewerkschaften 198 063 und aus dem Auslande 7079 Mk. Es ist die erfreuliche Thatsache zu konstatieren, daß in den letzten Jahren die Kosten der Streiks zum größten Theile aus den Kassen der Gewerkschaften gedeckt werden, während sie früher überwiegend durch Sammlungen, die während des Streiks unternommen sind, aufgebracht wurden. Während in den Jahren 1892-94 nur 24-34 pzt. der Streikausgaben aus den Verbandskassen gedeckt wurden, sind 1897-99 62-78 pzt. der Ausgaben den Kassen der Gewerkschaften entnommen. Es wird damit bewiesen, daß die Gewerkschaften innerlich erklart sind und somit einen festeren Schutzwahl für die Arbeiter bilden. Man wird nicht fehlgehen, die in den letzten Jahren sich zeigende erfolgreichere Durchführung der Streiks auf diese bessere finanzielle Fundierung der Gewerkschaften zurückzuführen.

Das sollte eine sehr zu beachtende Mahnung für diejenigen sein, welche meinen, daß die Gewerkschaften nicht nötig hätten, größere Fonds anzuhäufeln. Sie werden finden, daß die erfolgreichen Streiks prozentual in demselben Maße wachsen, als die Deckung der Kosten der Streiks aus den Kassen der Organisationen prozentual zunimmt. Wenn die Unternehmer einer Organisation gegenüberstehen, deren Klasse die Garantie bietet, einen Streit wochenlang ausreichend unterstützen zu können, so zeigen sie sich geneigter, den Arbeitern Konzessionen zu machen, als wenn sie es mit Arbeitern zu thun haben, bei denen vom ersten Tage die Hilfe Anderer zur Föhrung des Streiks in Anspruch genommen werden muß. Das ist eine werthvolle Lehre, welche die Arbeiterschaft aus den Ergebnissen der Streitstatistik ziehen kann und ziehen muß.

Im Ganzen bieten die Ergebnisse der Streitstatistik ein erfreuliches Bild des Fortschritts im wirtschaftlichen Kampfe. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß die sich mehrenden Zeichen des Herannahens einer ungünstigen Wirtschaftskongjunktur die Gewerkschaften mahnen sollten, mit vermehrten Kräfte sich zu rüsten, um den zu erwartenden verstärkten Angriff der Unternehmer auch in der Periode niedergehender Konjunktur erfolgreich abwehren zu können.

Seitens der Generalkommission ist auch Umfrage bezüglich der vorgekommenen Bestrafungen Streikender gehalten worden, wemöglich diese in die nur von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus zu betrachtende Streitstatistik nicht hineingehören. Es muß aber das Material für Streikvergehen gesammelt werden, um damit aufwarten zu können, wenn sich wieder die Gelliste nach einem Zuchtungsgeföhr zu einer gesetzgeberischen Aktion auszuwickeln sollten.

Das für 1899 zusammengetragene Material ist nicht vollständig, weil von den Vorständen der Organisationen der Holzarbeiter, Leberarbeiter und Textilarbeiter keine Angaben über die bei den Streiks vorgekommenen Bestrafungen Streikender gemacht werden konnten. Es ist beklaglich, daß das Prozentverhältnis der Bestrafungen nicht zu der Gesamtzahl, sondern nur von der Zahl der Streikenden zu berechnen, für deren Beruf Angaben bezüglich Bestrafungen gemacht wurden. Es kamen solche bei 81 Streiks = 9,9 pzt. der in Vergleich zu stehenden Streiks vor. Nicht weniger als 90 pzt. der Streiks-verkiefen also, ohne daß der Staatsanwalt Verlangen fand, in Aktion zu treten. Bestraft wurden 191 Personen mit 18 Jahren 7 Monaten 2 Wochen und 2 Tagen Gefängniß, 4 Wochen Haft und 911 Mk. Geldbuße. Außerdem erhielten neun Personen 5½ Wochen Haft und 115 Mk. Geldbuße wegen „groben Unfugs“ und 44 Personen 2 Wochen Haft und 405 Mk. Geldbuße wegen Uebertretung von Polizeiverordnungen zukünft. Die letzteren Strafen können bei der Verurteilung der Vergehen bei Streiks nicht in Frage kommen, weil es sich hier um Bestrafungen von Handlungen dreht, die fast allgemein nur bei Streikenden als strafbare verfolgt werden.

Un den 811 Streiks in 37 Gewerben, welche der Berechnung des Prozentverhältnisses der Bestrafungen zu den Streikenden zu Grunde gelegt worden sind, waren insgesammt 75 627

Personen beteiligt. Da 191 derselben wegen Vergehen bei Streiks bestraft wurden, so kommen auf 1000 Streikenden nur 2,5 Bestrafte. Man bezieht nicht, daß angesichts dieser Thatsachen diejenigen, welche von dem ungeheuerlichen Terrorismus der Streikenden reden, nicht das Lächerliche ihrer Aufstellungen fühlen.

Wenn man ferner die Art der Vergehen betrachtet, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die streikenden Arbeiter in einer Weise bestrebt sind, sich in den gesetzlichen Grenzen zu halten, daß man ihnen volle Anerkennung auszusprechen, nicht aber sie verunglimpfen sollte. Es wurden nur vier Fälle von Mißhandlung und Körperverletzung konstatirt. Die anderen „Vergehen“ bestehen in der Regel in Aeußerungen die unter anderen Verhältnissen und nicht bei einem Streik gemacht, nicht beachtet, viel weniger als Straftathen angesehen werden. Wenn wir auch wünschen, daß bei Streiks jede Handlung unterlassen wird, welche zu strafrechtlichen Verfolgungen Anlaß geben könnte, so muß doch anerkannt werden, daß bei dem Ueberfehr, welchen Behörden und Staatsanwälte bei den Streiks entwidelten, durch die geringe Zahl der Bestrafungen den Streikenden ein vorzügliches Zeugniß für ihren Rechtsichtheitsinn ausgestellt wird.

### Wirtschaftlicher Niedergang.

Zeit längerer Zeit waren beunruhigende Symptome der wirtschaftlichen Lage wahrzunehmen. Man ist aber bereits eine Verschlechterung derselben soweit vorgehritten, daß es nichts mehr zu verborgen gibt. Die Zahl der industriellen Arbeiter nimmt beständig zu und bedeutend leben die englischen Gewerbetreibenden, wie aus den Berichten hervor geht, die ihnen ihrer Arbeitslosen anschwellen. Der wirtschaftliche Rückschlag hat seinen Höhepunkt überschritten, der Mißschlag ist viel schneller eingetreten, als selbst die warnenden Stimmen voraussehen konnten. Mag man jetzt auch die chinesischen Wirren als günstigen Vorwand zu den Ursachen des Niederganges beuten, hauptsächlich wird der Grund hierfür in der planlosen Ueberproduktion, in den uneingeschränkten Betriebserweiterungen zu suchen sein und diese begangenen Fehler rächen sich jetzt.

Im Textilarbete tritt der wirtschaftliche Niedergang am schärfsten hervor. In der Baumwollensindustrie ist die Lage als äußerst ungünstig geschildert. Die Baumwollenspinnereien haben Miße, ihre Beschäftigten aufrecht zu erhalten; sie suchen nach Aufträgen, die sie mit Preisreduktion hereinnehmen. Die Wollspinnereien befinden sich in der gleichen traurigen Lage. Ueberall wird von Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechenden Lohnreduktionen und von Entlassung der Arbeiter wegen mangelnder Beschäftigung gemeldet. In Sachsen und Umgebung hat sich die Lage so verschlimmert, daß nach der Berechnung bürgerlicher Kreise über 2000 Textilarbeiter beschäftigungslos sind. Die Textilarbeiter Stoffindustrie liegt total darnieder. Auch die Sammelindustrie hat schon darunter zu leiden. In vielen Fabriken ist die Arbeitszeit auf 6½ Stunden reduziert worden. Auch in der Elberfelder Textilindustrie ist eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt worden.

Die Klagen vom internationalen Markt lauten so trübe, daß noch gar keine Aussicht vorhanden, daß dieser bedauerliche Zustand beendet werde. Vom englischen Textilmarkt wird berichtet, daß die Textilindustriellen aller Zweige sich genöthigt gesehen haben, noch weiterhin, sofern dies nicht noch nicht geschehen, die Betriebe einzuschließen. Auf dem englischen Markt wurden wenig neue Aufträge von Bedeutung nach dem Kontinent abgefordert. In Sachsen ist an vielen Orten der Betrieb eingeschränkt worden. So ist allein in Meeraner Betrieben der Stillstand von 7-800 Beschäftigten zu konstatieren und in Berlin haben sich die Textilarbeiter im Hinblick auf den Mißschlag von der Lage des Arbeitsmarktes veranlaßt, von einer beabsichtigten Lohnbewegung abzusehen, dafür aber alle Hebel in Bewegung zu setzen, um durch eine Reduzierung der Arbeitszeit der drohenden Arbeitslosigkeit steuern zu können.

In der Eisenindustrie, dem Metall- u. Maschinenbau ist sehr trübend man einsteuhen, den Mißschlag noch zu vertuschen, trotzdem der Niedergang schon beträchtlichen Umfang angenommen hat. Infolge der Arbeiterentlassungen in der immer mehr ungünstiger gestalten und zur starken Arbeitslosigkeit, bereits nach einer Hilfsaktion, um dem Gleið in den Familien einigermaßen Einhalt zu thun. In der Drahtwarenindustrie macht sich ein Mangel an Aufträgen bemerkbar. Im Edelmetallgewerbe greift die schon vorhandene Krisis weiter um sich und immer zahlreichere Arbeiterentlassungen finden in der Maschinenindustrie statt.

Schwer betroffen von der Krisis ist ferner das Bergbauwesen. Namentlich in Sachsen wird über die schlechte Baukonjunktur geklagt. Zahlreiche Baunternehmer sind in Konkurs gerathen. Andere haben während des Sommer fast gar nichts zu thun gehabt und viele sind gegenwärtig ohne Aufträge. Wie uns berichtet wurde, haben sich viele, auch verheiratete, unserer Kollegen veranlaßt, außerhalb ihres Wohnortes Arbeit zu suchen. In Meerane wurde aus diesem Grunde vom Gewerkschaftskomitee an den Stadtrath das Gesuch gerichtet, den Bau der Wasserleitung zu beschleunigen und bei den städtischen Arbeiten an Stelle ausländischer Arbeiter in erster Linie die Meeraner Arbeitslosen zu beschäftigen, leider aber, wie berichtet, ohne Erfolg. Außer in Sachsen ist der schlechte Geschäftszugang namentlich in München zu verzeichnen, wo ein partieller Häusercrach die bevorstehende Krise fund hat. Viele Geschäftsleute werden dadurch in Mitleidenhaft gezogen und mit ihnen deren Arbeiter.

In einer ganzen Reihe anderer Gewerbe, wozu wir nur blicden, treten uns die Anzeichen des wirtschaftlichen Niederganges entgegen. Wenn trotzdem die Ungunst auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Monaten sich im Vergleich zum Juni nicht noch stärker verschlechtert hat, so liegt es daran, daß die Landwirtschaft absorbierte und das Angebot auf dem Arbeitsmarkt nicht anschwellen ließ. Immerhin drücken, wie aus dem „Arbeitsmarkt“ zu ersehen, die Ziffern der Arbeitsnachweise und Krankentafeln die vorhandene Ungunst deutlich aus. Während im Juli vorigen Jahres auf 100 offene Stellen 100,5 Arbeitsuchende kamen, so im Juli dieses Jahres 111,2. Auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat abgenommen. War im Juli vorigen Jahres nach den Mitgliederlisten der Krankentafeln die Zahl um 0,4 zurückgegangen, so in diesem Jahre um 1,4. Vom September ab wird sich das Verhältniß immer mehr ungünstiger gestalten und zur starken Arbeitslosigkeit föhren.

Für die Arbeiterbestrafung ist es von großer Bedeutung, die Schwankungen des wirtschaftlichen Marktes zu beobachten und danach die nötigen Maßregeln zu treffen. Unter diesen Verhältnissen ist es gefährlich, größere Angriffsstreiks zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse noch zu vollziehen. Für die Unternehmer könnte keine passendere Zeit gewählt werden, sich aus der Patke zu helfen, während die Arbeiter nutzlos ihre Kräfte vergeuben zum Schaden der Organisation.

Die Zeit zum Antritt ist jetzt zu spät, wir müssen uns auf Abwehr beschränken und alle Kräfte aufbieten, das unter großen Opfern im Kampf Erworbenes hochzuhalten. Diese Taktik müssen nun die Organisationen innehalten. In der Zeit der Ruhe muß unermüdet für den inneren Ausbau der Gewerkschaft gewirkt werden, muß fortgesetzt Agitation betrieben und den Mitgliedern die nötige Belehrung zu Theil werden. Keine Erschlaffung, keine Mühseligkeit, keine verderbbringende Gleichgültigkeit darf in den Reihen der organisierten Arbeiter Platz greifen zur Zeit der Geschäftsflut, um dann, wenn die Krisis vorüber, die Organisationen, in sich gestärkt und neu befestigt, für sich zu haben, welche im Stande sind, mit Erfolg bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen zu können.

## Gingefandt.

### Zur Generalversammlung.

Ueber die nächsten Ziele unserer Organisation resp. über die Aufgaben der Generalversammlung, welche zur Lösung dieser Fragen allein berechtigt ist, sind die Ansichten bisher sehr verschieden gewesen, sogar einen gewissen Anstich von originellen Intermezjos boten einige Artikel dar. Im Großen und Allgemeinen ist man mit der augenblicklichen Einrichtung der Organisation betreffs der Zahlung der Beiträge sowie mit der Leistungsfähigkeit in der Unterstützung nicht recht zufrieden gestellt. Es ist ja auch sehr erklärlich, daß eine Organisation, wie solche auf der letzten Generalversammlung vorgekommen wurde, nicht gleich vollkommenes schafft, denn Mängel und Fehler machen sich erst immer in der Praxis bemerkbar. Durch diese Organisation ist jedoch wieder neues Leben und mehr Interesse geweckt worden. Es mag dahin gestellt bleiben, ob nur die Einführung der Krankenunterstützung allein zu dem Aufschwung in den letzten beiden Jahren in unserer Organisation beigetragen, oder ob noch andere Faktoren dabei mitgewirkt haben, jedenfalls war die wirtschaftliche Lage nicht ungünstig und hat auf alle Fälle die Einführung des Unterstützungswezens viel dazu beigetragen. Leider muß ich hier noch besonders hervorheben, daß wir im Unterstützungswezen noch sehr schlecht eingerichtet sind, auf alle Fälle können wir ein paar Postklingen zu spät, indem eine ganze Anzahl anderer Organisationen bereits jetzt schon das eingeführt haben, was wir uns als Aufgabe für die Zukunft gestellt haben.

Wenn man nun eine Organisation noch weiter ausbauen will, indem man das Unterstützungswezen noch etwas mehr erweitert, und diese Erweiterungen auch einen gewissen agitatorischen Werth von ziemlich großer Bedeutung hat, dann muß man auch nicht zurücktreten, diesen Weg so schnell wie möglich zu gehen, um wenigstens das Ideal zu erreichen, welches schon verschiedene andere Organisationen haben und zwar die Arbeitslosenunterstützung. In Grunde genommen haben wir bereits eine Arbeitslosenunterstützung, nur daß wir diese Unterstützung mit anderen Worten titulieren und zwar mit „Die Reiseunterstützung“ ja ich rechne sogar die Krankenunterstützung auch im gewissen Sinne dazu. Denn diejenigen Kollegen (also hier noch von der Krankenunterstützung abgesehen), welche sich auf der Reise befinden, sind thätig arbeitslos und erhalten auf der Reise eine Unterstützung, welche man nicht als Reiseunterstützung zu bezeichnen braucht, sondern einfach „bei Arbeitslosigkeit auf der Reise“. Also der Sinn ist nicht geändert, die Unterstützung auch nicht, nur ist man deutlicher geworden in der Ausdrucksweise. Also es steht fest, daß bereits für einen Theil der Kollegen die Arbeitslosenunterstützung eingeführt ist, dagegen bei dem anderen Theile nicht. Will man nun nicht bei diesem Ausbau der Unterstützungen stehen bleiben, oder womöglich, weil die Leistungen ungenügend, zurückgehen, so gehe man doch einfach einen Schritt vorwärts und stelle sich die Aufgabe, bei der nächsten Generalversammlung den Satz dahin abzuändern, daß man sagt „bei Arbeitslosigkeit auf der Reise und am Orte“. In dem Augenblick, wo man sich zu diesem Grundsatz entschließt, wird natürlich nicht nur der eine Theil berücksichtigt, sondern sämtliche Theile zu gleichen Bedingungen. Auch von Rechts wegen mußte man dahin streben, diese bisher ungleiche Vertheilung von Licht und Schatten in unserer Organisation allen Mitgliedern zugänglich zu machen, um so mehr, da beide Theile gleiche Pflichten haben. Ich würde daher, um allen Mitgliedern die gleichen Pflichten und auch die gleichen Rechte aufzulegen, den § 1 unseres Statuts von Absatz c folgende Fassung geben:

„Ferner kann der Vorstand, sofern die jeweiligen Klassenverhältnisse es gestatten, Unterstützungen gewähren:

1. Ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft: an Mitglieder in gewerblichen Rechts- und solchen Streitfällen, in welche sie infolge ihrer Thätigkeit für die Vereinigung gerathen, oder welche Krankens-, Unfall- oder Alters- und Invaliditätsverhältnisse betreffen, wie auch bei Anklagen wegen Verstöße gegen § 153 der Gewerbeordnung und ähnlichen Anlässen;

2. An Mitglieder, deren Arbeitslosigkeit infolge eines Streiks, einer Aussperrung oder Maßregelung entstanden ist, auch wenn sie durch Arbeitsvermittlung einer anderen Gewerkschaft in Mitleidenschaft gezogen worden sind.

3. An Mitglieder, welche innerhalb vier Wochen nach Beendigung ihrer Lehrzeit der Vereinigung beigetreten, mindestens 20 Wochen Mitglied sind und ihre Beiträge gezahlt haben: bei Arbeitslosigkeit auf der Reise.

4. An Mitglieder, welche der Vereinigung mindestens 52 Wochen angehören und ihre Beiträge bezahlt haben: bei Arbeitslosigkeit auf der Reise und am Orte, bei Arbeitsunfähigkeit und in besonderen Nothfällen.

5. Nach 260 wöchentlich Mitgliedschaft, sofern sämtliche Beiträge entrichtet sind: an die Wittwen verstorbener Mitglieder.

Ueber die Höhe und Dauer dieser angeführten Unterstützungen entscheidet nur der Hauptvorstand.

Alle diese Unterstützungen sind freiwillige und steht demnach irgend ein Rechtsanspruch auf dieselben den Mitgliedern bezw. deren Hinterbliebenen nicht zu. Die allgemeinen Bestimmungen müßten sodann, um mich hier nur kurz zu fassen, in einem Reglement vom Hauptvorstand zusammengestellt und diese Beschlüsse den Mitgliedern gedruckt eingehändigt werden. Der Hauptpunkt zu ad 1 wäre, daß von jeder Differenz, ob Streik, Aussperrung oder Maßregelung zc. dem Vorstände der betreffenden Verwaltungsstelle bezw. dem betr. Vertrauensmann unbeschränkt Mittheilung zu machen ist. Diese haben sofort dem Hauptvorstand einen genauen Bericht einzusenden usw. ufw. Dieses Streitreglement besteht zwar schon als Anhang in unserem Statut, bedarf aber dann noch der Ergänzung. Etwas schwieriger ist nun schon das Reglement für die

Unterstützungen zu ad 2, 3 und 4. Da ich aber weiß, daß in Hamburg im Hauptvorstand eben so gute Rechenmeister existieren wie hier, so hoffe ich, daß meine Berechnung oder Unterstützungs-Reglement nur einer sachlichen Kritik unterzogen werde. Die Hauptpunkte wären dabei die Unterstützungen bei Arbeitslosigkeit am Orte und auf der Reise, sowie bei Arbeitsunfähigkeit werden bis zu 70 Tagen zusammengezählt, sofern nicht zwischen den einzelnen Unterstützungsperioden 26 Wochen liegen, in welchen die Beiträge gezahlt wurden. Die Reiseunterstützung an Mitglieder, welche innerhalb 4 Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verein beigetreten sind, wird nach 52wöchentlich Mitgliedschaft mit den anderen Unterstützungen zusammengezählt. Die Unterstützungen an Mitglieder, welche in Folge eines Streiks, einer Aussperrung oder einer Maßregelung arbeitslos geworden sind, werden mit anderen Unterstützungen nicht zusammengezählt. Alle Unterstützungen werden auch für Sonn- und Feiertage bezahlt.

Bei allen Unterstützungsperioden bis zu 70 Tagen ist für die drei Unterstützungen zusammen eine einmalige Karenzzeit von 7 aufeinander folgenden Tagen durchzumachen. Es wird demnach die Unterstützung erst vom 8. Tage an gewährt. Wenn auf diese Karenzzeit eine 26wöchentliche Arbeitsdauer folgt, ohne daß das Mitglied in den Genuss einer Unterstützung getreten, haben sie für die nächste Unterstützungsperiode keine Gültigkeit.

Jedes arbeitslose Mitglied am Orte, welches 52 Wochen der Vereinigung angehört und seine Beiträge entrichtet, kann vom 8. Tage ab bis zu 70 Tagen eine Unterstützung von 1 Mk. pro Tag erhalten.

Jedem Mitgliede, das 52 Wochen der Vereinigung angehört, alle seine Beiträge entrichtet hat und sich innerhalb des Deutschen Reichs auf der Reise befindet, um Arbeit zu suchen, kann vom 8. Tage ab bis zu 70 Tagen eine Reiseunterstützung von 1 Mk. pro Tag gewährt werden.

Mitglieder, die innerhalb 4 Wochen nach beendeter Lehrzeit der Vereinigung beigetreten sind, können schon nach 26wöchentlich Mitgliedschaft, sobald sie alle Beiträge entrichtet haben, eine Reiseunterstützung von 1 Mk. vom 8. Tage ab, aber nur bis zur Dauer von 35 Tagen, erhalten.

Jedes Mitglied, welches mindestens 52 Wochen der Vereinigung angehört, seine Beiträge regelmäßig entrichtet und arbeitsunfähig geworden ist, kann vom 8. Tage der Arbeitsunfähigkeit ab eine Unterstützung von 1 Mk. pro Tag auf die Dauer von 70 Tagen erhalten, wenn durch Vorzeigung eines ärztlichen Attestes die Arbeitsunfähigkeit bescheinigt wird. Natürlich mache ich nochmals auf den ersten Satz im Unterstützungs-Reglement aufmerksam, daß diese Unterstützungen zusammengezählt werden. Auf die anderen Verhaltungsmassregeln will ich hier nicht näher eingehen, weil dieses ja Sache des Vorstandes ist und auch bei der Berechnung der Unterstützungen außer Frage kommt.

Ueber den Punkt ad 4 ist wohl weniger eine Berechnung oder Reglement aufzuführen, da sich mit dieser Materie sogar bereits der Hauptvorstand befaßt und höchstens diesem Punkt folgende Fassung gegeben werden könnte:

Stirbt ein verheirathetes Mitglied, welches Frau und Kinder hinterläßt, 5 Jahre lang der Vereinigung angehört und seine Beiträge regelmäßig entrichtet hat, so kann der Wittve aus der Klasse eine Unterstützung von? (Die Zahl will ich dem Hauptvorstand überlassen) gewährt werden. Diese Unterstützung darf nicht verpfändet werden und wird nur an die Wittve oder den Vormund der Kinder ausbezahlt. Jedoch ist das Mitgliedsbuch, die Todesurkunde des Mannes und die Geburtsurkunde des jüngsten Kindes beizubringen. Diese Unterstützung kann nur vom Hauptvorstand bewilligt werden.

Ueber die Form der Unterstützungen und über die Höhe der Leistungen habe ich mich in großen allgemeinen Umrißen ausgesprochen, nun muß noch die Beitragspflicht der Mitglieder gegenüber der Klasse sowie der Organisation kurz angedeutet werden. In dem Eintrittsgeld von 80 Pfg. will ich nicht rütteln, weil ich weiß, daß die Mitglieder sich daran gewöhnt haben. Nur die Beiträge stehen nicht auf der Höhe, wie in anderen Gewerkschaften und würde daher der Satz natürlich in Anbetracht der zu erwartenden Leistungen folgendermaßen formulieren: Die statutenmäßigen Beiträge betragen am Ende einer jeden Kalenderwoche 50 Pfg. excl. eines etwaigen zu erhebenden Votalsbeitrags für die Verwaltungsstelle am Orte. Ich habe diesen etwaigen Votalbeitrag nur deswegen hervorgehoben, weil bereits in einigen großen Orten sehr alte Verwaltungsstellen bestehen und auch Orte bis zu 1000 Mitgliedern unbedingt solche haben müssen, um die Organisation auf die Höhe zu bringen und zu erhalten, wie es leider im Interesse der Arbeiter in gewerkschaftlicher Beziehung bisher verfaßt worden war.

Ich lege diesen Beitragsatz von 50 Pfg. zu Grunde und zwar aus verschiedenen Gründen. Erstens bin ich mir bewußt, daß man mit diesem Beitragsatz diese Unterstützungen einführen kann, weil andere Organisationen dieses bereits eingeführt haben, sodann ist aber diese Erhöhung der Beiträge für uns eine solch minimale, daß der weitsichtige und auch sehr vorsichtige Vorstand nicht mehr viel weniger nehmen kann. Bisher waren wir statutarisch verpflichtet zu zahlen: an Beiträgen 10,80 Mk. und an obligatorischen Streikmarken 3 Mk., welche wir nach meiner Ansicht doch auch unbedingt zu den statutarischen Beiträgen rechnen müssen, macht zusammen 13,80 Mk. pro Jahr. Auch sind die direkten Steuern den indirekten vorzuziehen. Nach den allgemeinen Ansichten, welche im „Vereins-Anzeiger“ laut geworden sind, und welche Meinung sogar durch Wäckeren, ich meine hier den Kollegen Zohler, getheilt wird, trotzdem derselbe in erster Reihe dafür einzutreten hat, daß unsere Organisation nicht zurückgehen, sondern stets vorwärts schreiten soll, wird unbedingt eine Erhöhung der Beiträge von 10 Pfg. pro Woche verlangt. Diese Erhöhung wird damit befürwortet, daß man die Organisation gerade in der Leistungsfähigkeit stabiler und kraftvoller gestalten will. Ich habe das bei allen Artikeln herausgelesen und besonders bei dem des Kollegen Zohler. Durch die Beitragserhöhung um 10 Pfg. wird wieder eine Mehreinnahme für die Klasse erzielt, wodurch nun allerdings der jährliche Beitrag für die Mitglieder auf rund 19 Mk. steigen wird. Nach meiner Berechnung und Kalkulation über die Höhe der Unterstützungen würde sich die Beitragspflicht auf 26 Mk. pro Jahr belaufen, also nur eine winzige Mehrausgabe von 7 Mk. pro Jahr und Mitglied. Dieses hört sich zwar im ersten Augenblick schrecklich hoch an, es ist aber nicht so schlimm, wenn ich diese Taktik befolge wie der Vorstand und sage 13 1/2 Pfg. pro Woche. Für die geringe Mehrausgabe von 13 1/2 Pfg. pro Mitglied und Woche hätten wir aber auch eine Arbeitslosenunterstützung am Orte. Zieht man nun noch in Betracht, welchen Werth die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für unsere Organisation in agitatorischer Beziehung hat, so ist wirklich diese geringe Erhöhung der Beiträge nicht dazu angethan, um gleich den Muth vollständig zu verlieren, umso mehr, als doch unsere Mitglieder und Kollegen

bei verschiedenen anderen Gelegenheiten immer noch ein paar Groschen eher übrig haben, als für unsere Organisation. Auch auf die Einführung einer Sterbunterstützung lege ich großen Werth, weil gerade, um es hier mal offen auszusprechen, die Frauen unserer Kollegen noch lange nicht auf dem Standpunkt stehen, auf welchen dieselben eigentlich stehen müßten. Bei allen Ausgaben, welche der Mann macht, sehen gerade die Frauen mit einer peinlichen Sorgfalt darauf, ob durch diese oder jene Ausgabe eine Art von Gegenleistung herauskommt. Durch die Einführung dieser Unterstützungen werden sich dann die Frauen mehr für unsere Organisation interessieren, als es leider bis dato der Fall war.

Ich schließe hiermit mit dem Wunsche, daß sich die Kollegen Klipp und Klar über meinen Vorschlag aussprechen, daß sie diese Ansicht im Interesse der Organisation sachlich behandeln und daß die Generalversammlung wenigstens diese Ansicht in Erwägung ziehen möchte. hh.

## Aus unserem Berufe.

Frantenthal. Ueber die zerfahrenen Zustände, welche in unserer Filiale herrschen, konnte man sich bei der am Sonntag, den 16. September, stattgefundenen öffentlichen Versammlung ein recht anschauliches Bild machen. Nachdem die Filialeitung alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, um endlich einmal eine öffentliche Versammlung abhalten zu können, und diese auch wirklich zu Stande kam, erschienen von 30 organisierten Kollegen am hiesigen Plage im Ganzen sage und schreibe zehn Kollegen. Kollege Fr. Duh sprach über das Thema: Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Nach dem vortrefflichen Vortrag unseres Referenten entspann sich über vorgenanntes Thema eine lebhaft Diskussion und wurden u. A. auch die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen. Haben wir auch mit dieser, unserer ersten öffentlichen Versammlung infolge des schönen Wetters ein Fiasko erlitten, so wollen wir uns dadurch nicht abschrecken lassen, sondern immer auf der betretenen Bahn weiterzuschreiten, alle Mittel anzuwenden, um die uns noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen, unsere Organisation ordentlich auszubauen, damit wir nächstes Frühjahr unseren Meistern gegenüber geehrt und geschlossen vorgehen können.

Herrn Malermester Korthaus aus Danabück, der in Berlin in einer Meisterversammlung Propaganda für die Nothhelferorganisation machte, wird, wie wir der „Deutschen Arbeiterzeitung“ entnehmen, ganz anständig der Kopf gewaschen. Darnach ist für diese Wanderredner in ausgezeichneter Weise Sorge getragen, denn im Etat des preussischen Abgeordnetenhauses für 1899 wurden als Unterstützung für Wanderredner bloß 20000 Mk. verlangt. Eine hübsche Kleinigkeit, wenn man bedenkt, daß außer obigen Herrn Korthaus nur noch ein Herr Merklingshaus in dieser Branche arbeitet. Da kann man ruhig den Pinsel bei Seite legen und sich dem angenehmen Erwerbe widmen, noch dazu wenn sich das Geschäft hebt, denn im Etat 1900 sind sogar 30000 Mk. verlangt. Donnerwetter! was muß für eine solche Summe doch eine Masse Fleck geleistet werden? Der Abgeordnete Dr. Krüger war etwas neugierig, wer wohl dieses Geld bekommen soll und ersuchte um Auskunft, die aber zum Glück abgelehnt wurde, denn „viel Wissen macht Kopfweh“. Für den Vortrag den Herr Korthaus in Berlin gehalten, mußte die Materie um 50 gegen 60 Mk. herabgehen, was auch gerne geschah, wie uns versichert wurde. Wir können diese Kleinigkeit recht gerne dem Herrn Referenten und haben alle Hochachtung vor ihm, da er es versteht, ausländische Forderungen zu stellen. Wir wünschen nur, daß es dem Herrn vergönnt sein möge, bei seinen Agitationstouren auch einmal bei den Malergehilfen auf die Nothwendigkeit von rückständigen Forderungen aufmerksam zu machen, deren Bescheidenheit in dieser Beziehung nicht als Muster dienen kann.

Für unsere Berliner Kollegen scheint es ein gutes Omen zu sein, zur gelegenen Zeit bei der Sitzung mit dem Antrag, von 60 Pfg. die Stunde Arbeitslohn, auf dem Plane zu erscheinen. Die Werthschätzung der geistigen Arbeit und die angemessene Bezahlung hierfür, läßt wohl darauf schließen, daß in richtiger Konsequenz dieser Sache die Berliner Malermester dem Rechnung tragen und der beschiedenen Forderung der Gehilfenschaft ebenfalls bereitwillig nachkommen. Für Herrn Korthaus dürften die Nachklänge an seinen Berliner Vortrag keine angenehmen Erinnerungen wachrufen, wenn z. B. unter Anderem noch von einem Malermester angeführt wurde: „Ich kann es von meinem Standpunkt aus nur für tief bedauerlich erklären, und es auch als ein Zeichen der Zeit betrachten, daß sich ein Handwerksmeister findet, der sich dazu hergibt, als bezahlter Agitator der Regierung, im Lande umherzuziehen, um seine Handwerkskollegen auf's Glatteis zu führen.“

Wir hätten dem nichts weiter zuzufügen, sind bloß wihbegierig, ob diese Art statutarischer Agitatoren öfters solch ein „Schweineglück“ haben?

Vom Obmann des Agitationskomitees von Württemberg, Baden, Elsaß und der Pfalz, Kollegen Duh, geht uns folgendes Schreiben zu:

In Nr. 37 des „B.-A.“ hat die Filiale Mannheim eine Erklärung abgegeben, in der sie das Vorgehen des Agitationskomitees in der Kandidatenfrage als eine „Art Bevormundung“ bezeichnet, deren sie nicht bedürfen. Wir haben darauf zu erklären, daß, nachdem von einer Reihe von Filialen aus fast sämtliche Wahlkreise unseres Bezirkes Anfragen bezüglich der Kandidaten bei uns eingelaufen sind, das Komitee es als notwendig betrachtet mit Vorschlägen den Filialen an die Hand zu geben. Daß eine Beeinflussung oder Bevormundung dabei nicht stattgefunden, beweist die Thatsache, daß wir Vorschläge seitens der Filialen, soweit sie uns bekannt wurden und wie dies von Freiburg aus geschah, sofort an den betreffenden Wahlkreis verhandelt haben.

Wenn der Mannheimer Kollegen oder vielleicht besser gesagt, einigen Suchkandidaten, diese Vorschläge als Bevormundung erscheinen, so wird sich das Komitee dadurch nicht im Mindesten davon abhalten lassen, überall da einzugreifen, wo dies notwendig erscheint und sich auch das Recht sichern „Vorschläge“ zu machen. Die Kollegen selbst haben ja zu wählen und wenn die Mehrheit der Stimmen, wie dies in Mannheim der Fall zu sein scheint, auf unseren Vorschlag fällt, so ist dies im Interesse unserer Organisation sehr erfreulich, um so sonderbarer aber erscheint dann eine derartige berunglückte Erklärung.

Nach Schluss der Redaktion eingegangen.

Am Anchluss an die Erklärung der Filiale Mannheim betr. den Vorschlag des Agitationskomitees zur Delegirtenwahl im Bezirk Württemberg, Baden, Elsass-Lothringen und Rheinpfalz hat die Mitgliederversammlung der Filiale Heilbronn am 15. September beschlossene, folgende Resolution im „Vereins-Anzeiger“ zu veröffentlichen:

#### Resolution.

„Wir erklären den Vorschlag des Agitationskomitees Stuttgart als eine überflüssige Bevormundung der Kollegen und protestieren ganz entschieden gegen einen derartigen Versuch von Leitthamelei.“

Filiale Heilbronn.

#### Litterarisches.

Die Sozialistischen Monatshefte (Administration Berlin W, Gleditschstr. 23) haben jeben ihr August-Heft Jubiläum der Strassauer Universität. — Der Preis des Heftes beträgt 60 Pf. Pro Quartal 1.80 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Postanstalten (Post-Beitungs-Katalog Nr. 7217) sowie direkt durch die Expedition, Gleditschstr. 23, Berlin W 30.  
Der „Vorwärts“ schreibt: Unter dem Titel „Krieg!“ hat Ernst Brezgang jeben eine Dichtung erscheinen lassen.

### — Anzeigen. —

Den Anzeigen der Filialen ist der Kostenpreis beigebracht. Wir ersuchen, das Geld ohne weitere Aufforderung recht bald an die Expedition einzusenden. — Der Redaktionschluss ist Dienstag Morgen.

#### Aufforderung.

Der Kollege Albert Schuhmacher, geb. zu Neustrelitz, zuletzt thätig in Schwerin i. M., wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen verschiedenen Kollegen und der Filiale Schwerin gegenüber nachzukommen. [90 5] Der Vorstand.

#### Filiale Altona.

### General-Versammlung

am Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal der Ww. Ehler, Norderstr. 37.  
Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung. 2. Anträge zu derselben. 3. Vorstands- und Kassensbericht. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. — Die Kollegen sind verpflichtet, ihr Mitteilungs-buch mitzubringen und wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung vollständig zu erscheinen.  
M. 2.10] Der Vorstand.

#### Zu vermieten:

Eine Malerwerkstatt mit Lagerboden, Farbenlager, Delteller und schöner Wohnung an bester Geschäftslage in Wilhelmsbaven.  
Einem guten soliden Malermester würde diese bei der regen Bauthätigkeit hieselbst sehr zu empfehlen sein, da derselben ein leichtes Fortkommen zugesichert wird, auch kann das sich gut rentirende Grundstück bei ganz geringer Anzahlung käuflich erworben werden.  
Georg Mehrtens, Baugeschäft, Wilhelmsbaven

#### Dritte, veränderte Auflage

**S**cherms Reisehandbuch f. wandernde Arbeiter  
(Auch Tourenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reisetouren, 1 Eisenbahn- u. 2 Strassenkarten. Geb. Mk. 1,50. Zu bez. durch alle Buchh., Kolp. u. 1 Scherm, Nürnberg.

#### Für den

### Selbstunterricht in der Holzmalerei!

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farbenbdruck, mit leicht faßlicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur M. 10 zu beziehen von  
**Aug. Düttemeyer, Maler, München, Corneliustr. 19 IV z.**  
Malern, welche die Vertretung übernehmen wollen, ist guter Nebenverdienst gesichert.

### Gerüst-Bau u. -Leih-Anstalt

von **Emil Lyon, Altona,**  
M. Freiheit Nr. 48. Fernsprecher Nr. 224.  
Amtlich geschützte Leitergerüste  
mit durchgehender, völlig ebener Laufbahn.  
D. R. G.-M. 132832. Patent angemeldet.

Schablonen für Wände u. Decken, durchwegs praktisch eingerichtet, schönste Dessins für Wände, flotte Ornamente für Decken. Musterkarten in Farbensdruck empfiehlt  
**Martin Buchsbaum, Wien I., Rathhausstr. 15.**

**R. Zerna, Malerartikel, Stuttgart,**  
Kirchstrasse 7.  
Fex. Pinsel, Plafondbürsten, Zeichnungen, Schablonen etc.

### Gebundene Exemplare

des „Vereins-Anzeiger“ 1899, empfehlenswert für die Filialbibliotheken, sind zum Preise von 5 Mk. à Exemplar von der Exp. d. „V.-A.“ zu beziehen.

#### Malerfachschnle Buxtehude.

Aufsteigendste und grösste Fachschule, abgekürztes Lehrverfahren. 1900 wieder erste Preise.  
Dir. Elserweg.

deren zorndurchglühete Strophen sich gegen den organisierten, offiziellen Männermord wenden, seine Vertheidiger brandmarken und ihrem katurfeindlichen Treiben die Bestrebungen der völkervereinenden Sozialdemokratie gegenüberstellen. Es ist Zug und Klang in den Versen. Preis 5 Pf.

### Vereinsheil.

#### Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

An sämtliche Bevollmächtigte sind die Abrechnungsformulare für das 3. Quartal versandt worden. In Folge der im November stattfindenden Generalversammlung müssen die Abrechnungen und die Gelder vom 3. Quartal bis zum 6. Oktober an die Hauptkassa eingelangt sein, andernfalls die säumigen Filialen bei der Aufstellung für die Generalversammlung nicht mit veröffentlicht werden.  
Mit kollegialischem Gruss Der Vorstand.

An die Filialen der Provinz Hannover und Herzogthum Braunschweig.

Der diesjährige Provinzialtag findet am Sonntag, den 7. Oktober, in Göttingen statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht der Vertrauensmänner.

### Hamburger Holz- und Marmor-Schule

Fr. Welershausen, Hamburg, Lindenstr. 15.

Anerkannt als hervorragendste Schule Deutschlands. Beginn 15. Oktober. Erfolg garantiert. Prospekt gratis. Es erjehen im Selbstverlage: 1. Serie:  
**Neue Holzmalereien (zum Selbstunterricht)** Preis Mk. 20  
Direkt zu beziehen, sowie durch alle Buchhandlungen. — Vertreter gesucht.

### Malerschule

#### Dekorations - Holz - Marmormalerei.

Prämiirt mit Silb. Medaille und 1. Preis.

Hamburg-Elmsbüttel. Wohnung: Gärtnerstr. 124. Beg. 15. Oktober. Prosp. kostenlos durch Carl Nordmann

### Malerschule für Holz- u. Marmor-Imitation

(Euchmarmor und Studioslure)

von **A. Pritschau, Hammelburg (Bayern).**  
Gründliche, in der Praxis bewährte Ausbildung.  
Beginn des Kurjes v. 1. Novbr. 1900 bis 15. Febr. 1901.  
Prospekt gratis.

### Vorzügl. praktische Schule zur Ausbildung von tüchtigen Dekorationsmalern.

Prospekte gratis und franko von

**Peter Eilers, München, Arnulfstr. 42 IV I.**

#### Damen. — Malvorlagen Blumen. —

#### Landschaften. Malvorlagen Früchte etc.

20 Blatt M. 2.50, 40 Blatt M. 4.50, fortirt, verschieden groß.  
**Heinr. Brühl, Hamm i. W., Münsterstr. 42.**

### Wichtig für Maler!

Allergrosste Auswahl v. fertigen Schablonen u. Zeichnungen.  
Wichtig auf der Höhe der Zeit stehende Werke für Maler.  
Brosch. mit 500 Bildern und 100 Zeichnungen des Betrags.

#### Moderne Stilrichtung.

Preis 6 M. Schablonen zur Decken- u. Wandmalerei für den praktischen Gebrauch, Größe 25 x 33.  
In Naturalistisch, Renaissance u. englischem Charakter.  
12 Tafeln.

#### Moderne farbige Skizzen

zur Deckenmalerei.  
Preis 12 M. Größe 47 x 34. Inh. 10 Tafeln Farbensdruck.  
Ganz besonders leicht und einfach gehalten.  
Herausgegeben von **Carl Lange.**  
Diesen Werken sind Preisverzeichnisse für Schablonen und Pausen in natürlicher Größe beigegeben.

### Berliner Maler-Schule

für sachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc.

Ganz besonderes Augenmerk wird auf grösste Praktik und einfachste Technik gelegt.  
Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 M

Meiner Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden.  
**Prospekte der Malerschule gratis und franko.**  
**Carl Lange,**

Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen und Entwürfe,  
**Berlin SW., Gitschinerstr. 94 a.**

Ein neues farb. mod. Dewaldswerk (Münchberg) ist für 16 Mk. zu verkaufen, statt 25 Mk.  
Näheres durch die Exped. d. „V.-A.“

### Grosse Vortheile bietet meine Schablonen- und Pausen-Mustermappe

Mk. 1,75 gegen Nachnahme.  
**Aug. Vogler, Offen a. d. Ruhr, Klosterstr. 10.**

#### MALERSCHULE zu HAMBURG

v. WILH. SCHÜTZE. PROSP. GRATIS  
NUR ERSTE PREISE u. MEDAILLEN

2. Bericht der Delegirten über den Stand der Filialen.
3. Änhere zukünftige Agitation. (Referent: Kollege Wipf, Braunschweig.)
4. Anträge und Verchiedenes.

Die Delegirten sind verpflichtet, Mitgliederlisten und Kassensbücher mitzubringen. Jede Filiale hat eine Stimme. Die Kosten werden von den Filialen prozentual getragen. Im Uebrigen wird auf die schriftliche Einladung und das Statut unter Agitation verwiesen.

Die Vertrauensmänner.

D. Schubert, B. Wipf.

### Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 71.)

#### Bericht des Hauptkassiers vom 9. bis 15. September 1900.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingelangt von Hansen-Berlin N. M. 400, Geiger-Stuttgart 150, Schwarzkopf-Evandau 100, Köhler-Schwerin i. M. 75, Lang-Fienbach a. M., 80, Köllmer-Wölfs 100.

Krankengelder erhielten Buchn. 3482, A. Schumacher in Altona i. M. 22.89; Buchn. 6939, M. Bönninger in Bad Soden B.; Buchn. 8832, J. Förstermann in Trittau i. Holstein 22.80; Buchn. 4733, M. Lübrig in Mainzholz b. Bormohl 13.30; Buchn. 9284, C. Grieben in Belken i. d. Mark 11.40; Buchn. 5745, P. Streblau in Nieder-Steilth, Kreis Bromberg 33.60.  
J. S. Wulle, Hamburg-Ohlenhorst, Humboldtstr. 57.

#### Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik werden die Vereinstafeln resp. Verbergen der darauf anstehenden Städte veröffentlicht. Der Preis beträgt bis zum 31. Dez. 1900 Mt. 3.—, welche im Voraus zu entrichten sind. Der einzelne Mann darf 4 Zeilen nicht überschreiten. Bestellungen sind an die Expedition zu richten.

Altona. Herberge und Vereinstafel bei Gme. Böler, Norderstr. 87. Fahst.-abends Sonntags von 8—10 Uhr. Arbeitsnachweis Wochentags Abends von 8—9 Uhr und Sonntags Morgens von 11—12 Uhr. Bibliothek abends jeden Mittwoch von 8—9 Uhr.

Bergedorf. F. Baumann, Köpferweide 4. Fahst.-abends jeden Sonntags Abends von 8—10 Uhr. Fahst.-abends am Montag Abends von 8—10 Uhr. Fahst.-abends am Montag Abends von 8—10 Uhr. Fahst.-abends am Montag Abends von 8—10 Uhr. Fahst.-abends am Montag Abends von 8—10 Uhr.

Berlin. Herberge Mittestr. 123 bei Stramm. Arbeitsnachweis am Alexanderplatz; Stadtbahnhof. Versammlung jeden zweiten Dienstag im Monat in den Armuthshausen, Commendantenstr. 20.

S. Vereinstafel: F. Stramm, Mittelstr. 123. Fahst.-abends, Abends von 8—9 Uhr. Vereinstafel: F. Stramm, Mittelstr. 123. Fahst.-abends, Abends von 8—9 Uhr. Vereinstafel: F. Stramm, Mittelstr. 123. Fahst.-abends, Abends von 8—9 Uhr.

Bremm. Vereinstafel und Herberge bei Seibemann, Grafenstr. 30, „Stuttgarter Hof“. Fahst.-abends Arbeitsnachweis an Wochentagen Abends von 8—9, Sonntags von 11—12 Uhr. Vereinstafel und Herberge jeden 2. Sonntags im Monat in Ritter's Restaurant, Altenweg 3.

Cottbus. Vereinstafel und Herberge im Gasthaus „Stadt Nelschen“, Roß- u. Herberstr. 8. Fahst.-abends jeden Sonntags abends. Cottbus. Vereinstafel und Herberge im Gasthaus „Stadt Nelschen“, Roß- u. Herberstr. 8. Fahst.-abends jeden Sonntags abends. Cottbus. Vereinstafel und Herberge im Gasthaus „Stadt Nelschen“, Roß- u. Herberstr. 8. Fahst.-abends jeden Sonntags abends.

Darmstadt. Herberge und Vereinstafel beim Wirth Herrs 5. Unterbrink, Marktstr. 1. Arbeitsnachweis Wochentags von 8—9 Uhr Abends, Sonntags von 11—12 Uhr. Vereinstafel und Herberge im Gasthaus „Stadt Nelschen“, Roß- u. Herberstr. 8. Fahst.-abends jeden Sonntags abends.

Dresden. Vereinstafel, Fahst.-abends sowie Bibliothek im Restaurant „Germania“, Albrechtstr. 41. Arbeitsnachweis täglich Abends von 8—9 Uhr, Sonntags Vormittags von 11—12 Uhr.

Erlurt. Vereinstafel Gasthof „Zum Gottlieb“, Gottliebstr. 46. Arbeitsnachweis Wochentags von 8—9 Uhr Abends und Sonntags von 12—1 Uhr abends. Herberge zum „Goldenen Schwan“, Mergelstr. 9.

Essen a. d. R. Vereinstafel und Vereinstafel in der Rathenburg, Kasanen-Allee. Vereinstafel und Vereinstafel in der Rathenburg, Kasanen-Allee. Vereinstafel und Vereinstafel in der Rathenburg, Kasanen-Allee. Vereinstafel und Vereinstafel in der Rathenburg, Kasanen-Allee.

Frankfurt am M. Herberge, Bureau, Vereins- u. Versammlungslokal Gasthaus „Erlanger Hof“, Alsterstr. 12. Vereinstafel. alle 14 Tage, Mittwchs, Abds. 8 Uhr. Vereinstafel. alle 14 Tage, Mittwchs, Abds. 8 Uhr. Vereinstafel. alle 14 Tage, Mittwchs, Abds. 8 Uhr. Vereinstafel. alle 14 Tage, Mittwchs, Abds. 8 Uhr.

Halle a. S. Vereinstafel, Herberge und Arbeitsnachweis „Gasthof zu den drei Röntgen“, M. Ulrichstr. 86, v. Streicher. Vereinstafel. alle 14 Tage Sonntags, Hamburg i. (Maler). Vereinstafel, Herberge und Arbeitsnachweis bei von Salzen, Caffinacherstr. 67. Arbeitsnachweis Abends von 8—9 Uhr. Vereinstafel. alle 14 Tage Sonntags, Hamburg i. (Maler). Vereinstafel, Herberge und Arbeitsnachweis bei von Salzen, Caffinacherstr. 67. Arbeitsnachweis Abends von 8—9 Uhr.

Kiel. Herberge, Vereins- und Versammlungslokal bei Einfeld, Alte Reife 4. Fahst.-abends Sonntags Abends von 8—10 Uhr. Vereinstafel und Herberge bei Einfeld, Alte Reife 4. Fahst.-abends Sonntags Abends von 8—10 Uhr. Vereinstafel und Herberge bei Einfeld, Alte Reife 4. Fahst.-abends Sonntags Abends von 8—10 Uhr.

Lörrich. Herberge und Vereinstafel beim Gastwirth Fr. Leede, Beberstr. 8. Arbeitsnachweis: an den Wochentagen von 8—9 Uhr Abends und Sonntags von 11—12 Uhr Vormittags ebenfalls abends.

Minden. Herberge und Vereinstafel bei G. Thiels, Mittelstr. 2. Vereinstafel. alle 14 Tage Sonntags, Hamburg i. (Maler). Vereinstafel, Herberge und Arbeitsnachweis bei von Salzen, Caffinacherstr. 67. Arbeitsnachweis Abends von 8—9 Uhr.

Niederrhein. Vereinstafel, Herberge und Arbeitsnachweis im „Mägdergarten“, Weißenstr. 11. Fahst.-abends der Reinigung jeden Sonntags abends bei der Vereinstafel. Vereinstafel und Herberge bei Einfeld, Alte Reife 4. Fahst.-abends Sonntags Abends von 8—10 Uhr.

Sollingen. Vereinstafel und Vereinstafel bei M. Rirchner, „Muschelhaus“, Köpferweide.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitags, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland u. Ostpreußen 1.20 Mk. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 Mk., durch die Post bezogen 1.20 Mk. — Anzeigen kosten die 3gespaltenen Zeile oder deren Raum 30 Pf. Die 1gespaltenen Zeile oder deren Raum 30 Pf. — Der „Vereins-Anzeiger“ ist im Preisverzeichnis der Reichspost für 1900 unter Nr. 7648 eingetragen.

Der 9. utigen Nummer liegt die Nr. 37 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Marx, Hamburg. Verlag von S. Wentker, Hamburg. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Elbet, Friedenstr. 4.